

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3033 Bern

9. März 2022

Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Möglichkeit und äusserst sich wie folgt:

Die Verordnung enthält die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu der am 18. Juni 2021 von der Bundesversammlung als indirekter Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative "Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative)" beschlossenen Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR).

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt der Vorlage vollumfänglich zu und hat keine weiteren Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- cornelia.perler@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
cornelia.perler@bj.admin.ch

Appenzell, 3. Februar 2022

Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Vorlage einverstanden und hofft, dass sich der nicht zu unterschätzende administrative Aufwand auf Seiten der Parteien wie auch bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle langfristig rechtfertigt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

RRB Nr.: 263/2022
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

16. März 2022

Vernehmlassung des Bundes: Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im eingangs erwähnten Geschäft. Er äussert sich zur Vorlage wie folgt:

1. Grundsätzliches

Der Vernehmlassungsentwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) führt die Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR; SR 161.1) (Transparenz bei der Politikfinanzierung) aus. Aus Sicht des Regierungsrates sind die neuen Regeln im BPR relativ ausführlich, womit dem Bundesrat nur ein beschränkter Handlungsspielraum bei der Umsetzung verbleibt. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass das Verfahren in der VPofi grundsätzlich einfach geregelt ist (z.B. die Pflicht zur unaufgeforderten Eintragung und die Regelung der Kontrolle und Veröffentlichung [Art. 12 ff. VPofi]). Erleichtern dürfte insbesondere, wenn die Anmeldung und Erfassung von Zuwendungen in elektronischer Form in einer eigens dafür entwickelten Fachanwendung ermöglicht wird (Art. 6 Abs. 1 VPofi). Im Lichte der generellen digitalen Transformation der Verwaltung könnte sich der Kanton Bern eine ausschliesslich digitale Lösung vorstellen (Streichung von Art. 6 Abs. 3 VPofi).

Trotz der optimalen Unterstützung durch eine Fachanwendung schliesst der Regierungsrat nicht aus, dass die Meldung der notwendigen finanziellen Angaben für die Beteiligten im Einzelfall mit einem spürbar erhöhten Aufwand verbunden ist. Umso wichtiger scheinen klare Regelungen im Vollzug. Diesbezüglich befürchtet der Kanton Bern, dass bspw. die Abgrenzung bei verschiedenen Abstimmungskampagnen oder die Unterscheidung zwischen nichtmonetären Zuwendungen und hobbymässig erbrachten Eigenleistungen im Einzelfall schwierig sein dürfte.

2. Betroffenheit des Kantons Bern

Die neuen Vorschriften verpflichten die politischen Akteurinnen und Akteure (Parteien, parteilose Mitglieder, Kampagnenführende) auf Bundesebene zur Offenlegung der Politikfinanzierung. Die Kantone sind von diesen Offenlegungspflichten nicht direkt betroffen. Auch das Meldeverfahren findet auf Bundesebene – zwischen der Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) und den Meldepflichtigen – statt.

Die Kantone sind einzig im Bereich der Strafverfolgung betroffen: In Artikel 76j BPR (Strafbestimmungen) wird festgehalten, dass die Strafverfolgung den Kantonen obliege (Abs. 2). Im Erläuternden Bericht wird ausgeführt, dass allfällige zusätzliche Strafverfahren für die kantonalen Strafverfolgungsbehörden nur einen geringen Zusatzaufwand verursachen dürften, der mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden könne. Der Regierungsrat teilt diese Einschätzung grundsätzlich, auch wenn nicht auszuschliessen ist, dass der Kanton Bern als nationales Politikzentrum bei der Strafverfolgung der neuen Transparenzregeln überdurchschnittlich betroffen sein wird.

3. Transparenz in der Politikfinanzierung im Kanton Bern

Der Regierungsrat weist schliesslich darauf hin, dass der Grosse Rat des Kantons Bern am 29. November 2021 die Motion 060-2021 «Transparenz über Politikfinanzierung – auch kantonal» verabschiedet hat. Mit dem überwiesenen Vorstoss wurde der Regierungsrat beauftragt, gesetzliche Grundlagen für die Offenlegung der Finanzierung u.a. der kantonalen Wahl- und Abstimmungskampagnen auszuarbeiten. Der Kanton Bern wird sich bei der Umsetzung der Motion an den neuen Bestimmungen des Bundesrechts orientieren und ist diesbezüglich um einen Erfahrungsaustausch auch mit der EFK interessiert.

4. Weiteres (Kontaktperson)

Bei allfälligen Fragen zur Politikfinanzierung im Kanton Bern steht Ihnen Herr Philippe Dietschi, Leiter Fachbereich Recht und Führungsunterstützung, Staatskanzlei des Kantons Bern (Tel. 031 636 18 38, philippe.dietschi@be.ch) gerne zur Verfügung.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Beatrice Simon
Regierungspräsidentin

Christoph Auer
Staatschreiber

Verteiler

- Staatskanzlei
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bern
Per Email: cornelia.perler@bj.admin.ch

Liestal, 22. März 2022

Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihre Einladung zur Vernehmlassung zum Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst den vorgelegten Verordnungsentwurf, mit welchem die Begrifflichkeiten wie auch das vorgesehene Melde- und Kontrollverfahren festgelegt werden. Hinsichtlich der folgenden Gesichtspunkte regen wir eine Überarbeitung respektive Präzisierung an:

Art. 2 Bst. c «nicht monetäre Zuwendungen»

Hierfür wird vorausgesetzt, dass für die Empfängerin bzw. den Empfänger aus den Umständen erkennbar ist, dass die Leistung erfolgt, um eine politische Partei oder Kampagne zu unterstützen. Dies ist aus dem folgenden Grund abzulehnen: Wie im erläuternden Bericht zutreffend ausgeführt wird, liegt der Sinn des Gesetzes darin, mögliche Abhängigkeiten und Beeinflussungen seitens potenter Geldgeberinnen und Geldgebern transparent zu machen. Diese Abhängigkeit kann alleine durch die Tatsache entstehen, dass immer wieder Zuwendungen erfolgen, gleichgültig ob im Einzelnen jeweils der Zweck erkennbar war (Stichwort «Anfüttern»).

Art. 2 Bst. d und e «Kampagnenführung» und «gemeinsame Kampagnenführung»

Die Offenlegungspflicht bei Kampagnen betrifft nur diejenigen Personen, die eine solche führen. Diesbezüglich wird im erläuternden Bericht auf den Bericht der SPK-S verwiesen, welcher festhalte, dass mit dem Kriterium des Führens einer Kampagne eine Abgrenzung zu jenen Akteurinnen und Akteuren geschaffen werde, die sich an dieser Kampagne (z.B. mit einer Zuwendung) nur beteiligen würden.

Unseres Erachtens stellt die vorgeschlagene Formulierung eine unnötige Einschränkung dar und kann dazu führen, dass die Offenlegungspflicht umgangen wird bzw. ihr Ziel verfehlt. Hierzu ist namentlich zu beachten, dass diejenigen Personen, die sich mit hohen Beträgen an einer Kampagne beteiligen, einen massgeblichen Einfluss nehmen, wodurch Abhängigkeiten entstehen können. Zum Vergleich: Im Bericht der SPK-S wird darauf hingewiesen, dass im Kanton Freiburg politische Parteien, politische Gruppierungen, Kampagnenkomitees und Organisationen, die sich an Wahl- oder Abstimmungskampagnen *beteiligen* würden, ihre Rechnung offenlegen müssten. Im Kanton Schwyz gelte die Offenlegungspflicht für die gleichen Adressatinnen und Adressaten wie im Kanton Freiburg.

Wir regen daher an, diesen Punkt nochmals im Sinne der obigen Erwägungen zu überarbeiten.

Art. 15 «Veröffentlichung der Angaben und Dokumente»

Die zuständige Stelle bzw. die EFK kann die veröffentlichten Angaben und Dokumente mit Sachinformationen und Statistiken ergänzen. Hierbei ist mit geeigneten Mitteln sicherzustellen, dass die datenschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten und keine über die gesetzlich geforderte Offenlegungspflicht hinausgehenden Angaben veröffentlicht werden.

Art. 16 Abs. 3 «Modalitäten der Veröffentlichung»

Aus der Bestimmung geht nicht hervor, ob der kommentarlose Hinweis auf das entsprechende Urteil wieder zu löschen ist, sobald die betroffenen politischen Akteurinnen und Akteure eine Datenberichtigung vorgenommen und die veröffentlichten Angaben korrigiert haben. Die Norm ist entsprechend zu präzisieren.

Art. 18 Abs.2 «Dauer der Veröffentlichung»

Es wird ein Fristenlauf ab Publikation angeregt. Ein entsprechender Fristenlauf wäre transparenter sowie überschaubarer für die involvierten Akteurinnen und Akteure, die EFK sowie die Bevölkerung.

Allgemeine Anregungen

Die Regelungen hinsichtlich der Meldung der Differenzbeträge bei Dienstleistungen, bei Aufwendung von Kampagnen und Veranstaltungen mit nicht ausschliesslichem Unterstützungszweck sowie hinsichtlich der Nachforschungspflicht bei anonymen Zuwendungen erscheinen aufwendig und sind nicht praktikabel. Insbesondere auf die Nachforschungspflicht bei anonymen Zuwendungen sollte verzichtet und eine Rückerstattungspflicht ohne Einschränkungen normiert werden.

Zu den weiteren Ausführungen des Entwurfs haben wir keine Ergänzungen anzubringen.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 59
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

per E-Mail an cornelia.perler@bj.admin.ch

Basel, 29. März 2022

**Regierungsratsbeschluss vom 29. März 2022
Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat begrüsst die neue Gesetzgebung des Bundes über die Transparenz in der Politikfinanzierung in den Artikeln 76b bis 76k des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte. Wie in seinem Schreiben an die Staatspolitische Kommission des Ständerates vom 21. August 2019 festgehalten, bedauert der Regierungsrat allerdings, dass in Art. 76c Abs. 3 nBPR eine Offenlegungspflicht für Mitglieder des Ständerats hinsichtlich ihrer Wahlkampagnen geschaffen wurde. Der Regierungsrat ist nach wie vor der Auffassung, dass allein die Kantone zuständig sind, Regelungen zu erlassen, die die Wahlen des Ständerats betreffen.

Die vorgeschlagenen Regelungen im vorliegenden Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) enthalten angemessene und klare Konkretisierungen der neuen gesetzlichen Bestimmungen. Der Regierungsrat begrüsst daher auch den vorgelegten Entwurf der VPofi. Da die Vorlage den Kanton Basel-Stadt nicht näher betrifft und ihm insbesondere keine Vollzugsaufgaben auferlegt, verzichten wir auf eine Stellungnahme im Einzelnen.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne Herr Dr. Patrick von Hahn, Rechtsdienst der Staatskanzlei, patrick.vonhahn@bs.ch, Tel. 061 267 80 59, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : cornelia.perler@bj.admin.ch

Fribourg, le 8 mars 2022

2022-202

Projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique : Consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 17 décembre 2021, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre et nous vous en remercions. Nous nous déterminons comme suit.

1. En général

Le Conseil d'Etat fribourgeois soutient l'avant-projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique. Il apporte des clarifications bienvenues en vue de la mise en exécution de la législation fédérale sur la transparence du financement de la vie politique.

Accessoirement, il permet aussi de clarifier, par analogie, certaines notions actuellement déjà utilisées dans le canton de Fribourg dans le cadre de la législation cantonale en la matière.

2. En particulier

Le Conseil d'Etat n'a pas de remarque particulière à formuler s'agissant des projets d'articles.

- > Il se questionne toutefois sous l'angle de la notion de « libéralité » monétaire en lien avec l'objectif de la loi. Pour mémoire, en substance, la loi a été adoptée notamment et principalement afin de rendre publique à l'attention des citoyennes et citoyens l'identité des personnes physiques, morales et/ou groupes d'intérêts qui soutiennent activement une campagne en vue d'une votation. Selon les explications qui figurent tant dans le rapport de la Commission des institutions politiques du Conseil des Etat que dans le projet d'ordonnance et son rapport explicatif, les « prêts » ne pourraient pas être considérés comme des « libéralités ».

Le Conseil d'Etat peut adhérer à cette interprétation, qui correspond d'ailleurs en l'état à la pratique appliquée dans le canton de Fribourg pour la mise en œuvre de la loi cantonale fribourgeoise sur le financement de la politique. Il se pose toutefois la question de savoir si le fait de prêter une certaine somme en vue de la campagne sur un scrutin, avec l'obligation de la rendre quelque temps après, ne s'apparente pas à une manière de contourner l'obligation de transparence voulue pour ledit scrutin.

- > Le Conseil d'Etat remarque également qu'en page 10/28 du rapport explicatif, les auteurs relèvent que la question de la durée [N.B : d'une campagne] *n'est cependant pas fondamentale, car une manifestation unique (p. ex. organisation d'un évènement sur des votations, à grands frais) doit être déclarée si le montant seuil est dépassé*. Cela explique certainement le motif pour lequel la durée d'une campagne n'est pas précisée.

On peut toutefois se poser la question de savoir si, comme le soutiennent les auteurs, la question de la durée d'une campagne n'est réellement pas une donnée fondamentale. Une association dont le but serait de soutenir ou combattre l'objet (prévisible) d'une votation peut en effet être créée, par exemple, 5 ans avant ledit scrutin. Dans un tel cas, à lire les auteurs, l'on ne peut vraisemblablement pas considérer que les versements effectués à cette association par des groupes d'intérêts plus de 12 mois avant le scrutin (cf. art. 76c al. 2 let. b LDP) l'ont été dans le cadre de la campagne. Cas échéant, cela signifie alors que les donateurs concernés demeurent anonymes quand bien même leurs versements auront été faits dans le seul but de permettre à dite association d'intervenir activement durant la campagne précédant le scrutin en utilisant les montants reçus précédemment dans ce seul objectif.

Nous n'avons pas d'autre remarque à formuler.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

à la Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, pour elle et le Service des affaires institutionnelles, des naturalisations et de l'état civil ;
à la Chancellerie d'Etat.

Département fédéral de justice et police
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat genevois fait suite à votre courrier du 17 décembre 2021 soumettant à consultation le projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique qui a retenu sa meilleure attention.

Notre Conseil tient à saluer la désignation du Contrôle fédéral des finances en qualité d'autorité compétente chargée de procéder au contrôle et à la publication des informations et des documents communiqués dans le cadre de la transparence du financement de la vie politique.

Pour le surplus, il vous informe qu'il soutient le projet d'ordonnance et qu'il n'a pas de remarques à formuler sur celui-ci.

En vous remerciant de l'avoir consulté, le Conseil d'Etat vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Le président :

Michèle Righetti

Serge Dal Busco

Copie à : cornelia.perler@bj.admin.ch

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

Glarus, 29. März 2022
Unsere Ref: 2021-390

Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Regierungsrat des Kantons Glarus äusserte sich in der Vernehmlassung zur Pa Iv 19.400 «Mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» ablehnend; nebst anderen nannte der Regierungsrat das Erfordernis komplexer Regelungen und den hohen Aufwand für die Aufsicht als Gründe für seine ablehnende Haltung.

Die nun zur Vernehmlassung unterbreiteten Konkretisierungen auf Verordnungsstufe bestätigen, dass die angestrebte Transparenz nur mit viel Aufwand und komplexen Regelungen erreicht werden kann. In Nachachtung des bestehenden gesetzlichen Auftrags unterstützt der Regierungsrat den Verordnungsentwurf dennoch. Er ist geeignet, die Erreichung der Ziele im Gesetz über die politischen Rechte – bis zu einem gewissen Grad – sicherzustellen. Der Illusion vollständiger Transparenz darf man sich aber auch künftig nicht hingeben. Gerade etwa fehlende Transparenzvorschriften auf kantonaler Ebene ermöglichen Schlupflöcher (etwa, wenn potente, von einzelnen Patrons finanzierte Kantonalsektionen nationale Kampagnen aus der allgemeinen Kasse mitfinanzieren und so ein indirekter bzw. informeller Einfluss besteht, der nicht transparent gemacht wird). Die Praxis wird zeigen, ob nach der Einführung Bedarf nach Nachbesserungen besteht.

In inhaltlicher Hinsicht begrüsst der Regierungsrat, dass die Zuständigkeit für die Kontrolle und die Veröffentlichung der eingereichten Angaben und Dokumente bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle angesiedelt wird. Diese Institution erscheint für diese Aufgabe geeignet. Ebenfalls unterstützt der Regierungsrat, dass dem Milizgedanken in der Vorlage ausreichend Rechnung getragen wird.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Marianne Lienhard
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- cornelia.perler@bj.admin.ch



Sitzung vom

15. März 2022

Mitgeteilt den

16. März 2022

Protokoll Nr.

250/2022

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Per E-Mail an: cornelia.perler@bj.admin.ch (PDF- und Wordversion)

Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 haben Sie uns die Möglichkeit gegeben, zu
oberwähntem Entwurf Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Vorlage hat ausschliesslich Auswirkungen auf den Bund, die in der Bundesver-
sammlung vertretenen Parteien resp. die parteilosen Mitglieder sowie diejenigen na-
türlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften, die eine Wahl- und
Abstimmungskampagne führen. Wir gehen mit dem Bericht einig, dass allfällige zu-
sätzliche Strafverfahren soweit ersichtlich für die kantonalen Strafverfolgungsbe-
hörden nur geringe finanzielle und personelle Auswirkungen haben werden. Aus die-
sen Gründen verzichtet die die Regierung auf eine Stellungnahme zum Verordnungs-
entwurf.

Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de justice et police
A l'attention de Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Suter

Par courriel à cornelia.perler@bj.admin.ch
(en formats Word et PDF)

Delémont, le 29 mars 2022

Projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique – procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Par la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous transmet sa réponse relative à la procédure de consultation citée en marge.

De manière générale, le Gouvernement constate que le projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique se limite à concrétiser les principes introduits par l'Assemblée fédérale dans la loi fédérale sur les droits politiques. Le projet d'ordonnance apporte les précisions utiles là où cela est nécessaire, en particulier en définissant un certain nombre de termes ou de concepts. De l'avis du Gouvernement, les définitions retenues à l'article 2 du projet d'ordonnance sont dans leur ensemble complètes et cohérentes.

La définition proposée s'agissant des « *libéralités non-monétaires* » appelle cependant une réserve. Selon le rapport explicatif, un service n'aura à être considéré comme une libéralité non-monnaire que s'il est aussi fourni habituellement à titre commercial, ce critère ayant pour but d'exclure les activités de « milice » qu'une personne exerce au sein de son parti ou du comité d'organisation d'une campagne de l'obligation de déclaration.

Sur le principe, la volonté d'aménager une telle exception est à saluer. Il est toutefois à craindre que la limite entre ce qui pourra encore être considéré comme relevant de l'activité de milice et ce qui devra être considéré comme relevant d'une activité commerciale risque d'être souvent difficile à tracer. D'une part, un même service aurait à être considéré ou non comme une libéralité simplement en fonction de l'identité de la personne qui le fournit. D'autre part, cela reviendrait à devoir considérer différemment les prestations bénévoles en fonction de la personne qui les fournit.

Les dispositions du projet d'ordonnance portant sur les modalités ainsi que sur l'organisation des annonces et des contrôles induits par les nouvelles exigences de transparence n'appellent pour le surplus pas de remarques particulières.

Le Gouvernement vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


David Eray
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail
cornelia.perler@bj.admin.ch

Luzern, 15. März 2022

Protokoll-Nr.: 322

Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Dezember 2021 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und erlauben uns die folgenden Bemerkungen:

Die vom Parlament im Juni 2021 verabschiedete Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) bedarf einer Konkretisierung auf Verordnungsstufe. Der Entwurf der VPofi muss insbesondere die Modalitäten der Pflicht zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen regeln und die Zuständigkeit und die Modalitäten für die Kontrolle und Veröffentlichung der gemeldeten Angaben festlegen. Wir sind uns bewusst, dass dies keine einfache Aufgabe ist. Mit dem Entwurf der VPofi wird zwar Einiges konkretisiert. Es stellen sich jedoch für die Parteien, die Kandidierenden und Kampagnenleitenden trotzdem noch schwierige Abgrenzungsfragen, ob eine Zuwendung zu deklarieren ist oder nicht. Dies macht eine Umsetzung in der Praxis schwierig. Im Entwurf der VPofi werden zwar Begriffe definiert. Trotzdem bleiben bei der Umsetzung Fragen offen. Unklar ist auch, wie die Vollständigkeit der Erklärung von Einnahmen bei nicht-monetären Zuwendungen überprüft werden soll. Auch wird es nicht immer einfach sein, einen marktüblichen Preis festzulegen, insbesondere wenn auch noch regionale Unterschiede zu berücksichtigen sind. Daraus wird immer nur ein ungefährender Wert resultieren. Die veröffentlichten Zahlen zur Politikfinanzierung werden deshalb mit Vorsicht beurteilt werden müssen und werden sich nicht ohne Weiteres mit anderen Parteien oder Kandidierenden vergleichen lassen. Der Bund ist sich offenbar selber bewusst, dass keine Garantie besteht, dass die veröffentlichten Zahlen korrekt sein werden.

Es wird auch oft sehr schwierig sein, den Wert einer Dienstleistung zu ermitteln. Zu denken ist beispielsweise an das Aufhängen von Plakaten oder das Verteilen von Flyern durch Drittpersonen. Es muss sichergestellt sein, dass solche Ermittlungen nicht einen unverhältnismässigen Aufwand verursachen. Da der Wert von solchen Dienstleistungen selten genau ermittelt werden kann, können ungenaue Bewertungen auch kaum je als vorsätzliche Verletzungen von Offenlegungspflichten im Sinn von Artikel 76j BPR qualifiziert werden.

Wir erachten es als richtig, dass gemäss Artikel 3 VPofI die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) für die Entgegennahme der Meldungen zuständig ist und für deren Kontrolle und Veröffentlichung zu sorgen hat. Es ist wichtig, dass die Offenlegung der Parteifinanzierung klar vom Ablauf bei der Organisation von Wahlen und Abstimmungen getrennt ist. Dies wird mit der vorgeschlagenen Zuständigkeit der EFK erreicht. Es ist aber auch richtig, dass sich deren Kontrolle darauf beschränkt, die Angaben (formell und stichprobenweise materiell) zu prüfen und zu entscheiden, ob eine Strafanzeige einzureichen ist.

Die VPofI soll im Herbst 2022 in Kraft treten und erstmals für die Nationalratswahlen 2023 gelten. Für die Beantwortung der Frage, ob eine Zuwendung zu deklarieren ist oder nicht, sind detaillierte Regelungen zu beachten. Es stellen sich dabei – wie bereits erwähnt – aber auch zahlreiche Fragen (z.B. Abgrenzung von nichtmonetären Dienstleistungen von Milizarbeiten, Bestimmung des Marktpreises bei nichtmonetären Dienstleistungen, Erkennbarkeit der Zuwendung zur Unterstützung einer Kampagne oder einer Partei für den Empfänger, Abgrenzung einer Zuwendung zur Unterstützung einer Kampagne oder zur Gewinnung von Mitgliedern). Es ist davon auszugehen, dass das Inkrafttreten der VPofI bei den Parteien zahlreiche Fragen aufwerfen wird. Wir gehen davon aus, dass der Bund den Parteien im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2023 frühzeitig mittels eines Leitfadens oder mittels Merkblätter eine Hilfestellung bieten wird. Parteien und Kandidierende müssen genau wissen, welche Zuwendungen offengelegt werden müssen und welche nicht. Dies kann nur mittels einer detaillierten Instruktion von Seiten des Bundes erreicht werden. Nur so kann eine schweizweit rechtsgleiche Praxis bei der Offenlegung erreicht werden. Wünschenswert wäre zudem, dass der Bund eine Kontaktstelle für Parteien und Kandidierende einrichtet, um Fragen im Zusammenhang mit der Offenlegung von Zuwendungen zu beantworten. Dies kann nicht Aufgabe der Kantone sein.

Schliesslich regen wir an, die Praktikabilität der Verordnungsbestimmungen und den verursachten Mehraufwand für die politischen Akteure nach den Nationalratswahlen 2023 einer Evaluation zu unterziehen. In zahlreichen Kantonen sind ähnliche politische Bestrebungen vorhanden. Für die Beurteilung und allfällige Umsetzung zusätzlicher Transparenzbestimmungen auf Stufe Kanton wäre es daher zielführend, auf den Erfahrungen des Bundes aufbauen zu können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat

Département fédéral de justice et police
Mme la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Envoi par courriel à :
cornelia.perler@bj.admin.ch

Réponse à la consultation sur le projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique (OFipo)

Madame la conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre envoi du 17 décembre dernier concernant le projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique (OFipo) et vous remercions de nous avoir donné l'occasion de nous exprimer à ce sujet.

Dans notre lettre du 2 septembre 2019, notre gouvernement se questionnait sur la répartition des compétences entre cantons et Confédération, trouvait nécessaire de prévoir expressément une réserve en faveur du droit cantonal pour leur compétence résiduelle en ces matières et, finalement, souhaitait éviter une surcharge des instances cantonales à même de fournir des informations.

En l'occurrence, une réserve en faveur du droit cantonal figure déjà dans la loi fédérale sur les droits politiques (nouvel art. 76k), ce qui limitera l'empiètement sur les compétences du canton en matière de financement des partis politiques. Par ailleurs, le projet d'ordonnance répond favorablement aux attentes communiquées dans notre précédent courrier. Ainsi, de manière générale, le projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique peut être vu positivement.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 28 mars 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 29. März 2022

**Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi).
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi). Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns herzlich.

Der Kanton Nidwalden nimmt den Entwurf zur Kenntnis und stimmt diesem zu. Insbesondere werden die klaren Definitionen und das einfache Verfahren begrüsst. Die Möglichkeit zur Meldung der Zuwendungen in einem elektronischen Register in Verbindung mit Stichprobenkontrollen ermöglichen eine ressourcenschonende Umsetzung der Transparenzregeln. Abschliessend wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Regelungen zur Transparenz bei der Parteienfinanzierung keinen Einfluss auf die kantonalen Parteien haben.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt den Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi).

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- cornelia.perler@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD

per Mail an: cornelia.perlen@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4249
Unser Zeichen:

Sarnen, 6. April 2022

Stellungnahme zum Entwurf zur Verordnung über die Transparenz der Politikfinanzierung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin *Kühne Karin*
Sehr geehrte Damen und Herren

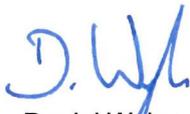
Für die Gelegenheit der Stellungnahme zum Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung danken wir Ihnen. Wir anerkennen die Bemühungen zu mehr Transparenz in der Politikfinanzierung und unterstützen den vorliegenden Gesetzesentwurf.

Die vorgeschlagene Höhe der Offenlegungspflichten erachtet der Kanton Obwalden als zumutbar. Bei der Umsetzung der Gesetzesvorlage ist jedoch zu beachten, dass das politische System der Schweiz auf dem Milizsystem basiert. Daher sind die administrativen Vorgaben für Parteien und Parlamentarier auf ein Minimum zu beschränken und die vorgesehenen Informatiksysteme anwenderfreundlich zu gestalten.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Daniel Wyler
Landammann


Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 28. März 2022

Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (E-VPofi) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt:

Die Regierung des Kantons St.Gallen hat zur Kenntnis genommen, dass ihre Anliegen, die sie am 22. August 2019 in der Vernehmlassungsantwort zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (Transparenz bei der Politikfinanzierung) geäussert hat, im Rahmen der Verordnung und des erläuternden Berichts fast ausnahmslos adressiert wurden. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir begrüssen namentlich die in Art. 7 Bst. a E-VPofi vorgenommene Präzisierung, was mit «in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien» gemeint ist. Um künftige Missverständnisse zu vermeiden, regen wir zudem an, auch die auf S. 16 des erläuternden Berichts aufgeführte Ergänzung, wonach «...nur die nationalen Parteien zur Offenlegung ihrer Finanzierung verpflichtet [sind, wenn eine nationale Parteiorganisation besteht], nicht aber ihre einzelnen kantonalen oder kommunalen Sektionen, Jungparteien oder andere Gruppierungen, wenn sie Teile der nationalen Parteien bilden», in geeigneter Form direkt in die Verordnung aufzunehmen.

Mit Blick auf den in Art. 76i Abs. 2 und 3 des teilrevidierten Bundesgesetzes über die politischen Rechte (nBPR) geregelten Austausch von Informationen besteht aus unserer Sicht nach wie vor Klärungsbedarf. Dieser ergibt sich aus der Tatsache, dass es im st.gal-lischen Recht (und demjenigen verschiedener anderer Kantone) gar keine Regelungen zur Politikfinanzierung gibt und folglich auch keine «kantonalen oder kommunalen Behörden, die [...] für die Transparenz bei der Politikfinanzierung zuständig [wären]». Wir legen Art. 76i Abs. 2 und 3 nBPR daher dahingehend aus, dass im Fall von Kantonen ohne einschlägige kantonale Gesetzgebung lediglich die Bestimmung in Abs. 2 Bst. b zur Anwendung kommt, die den Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden regelt.

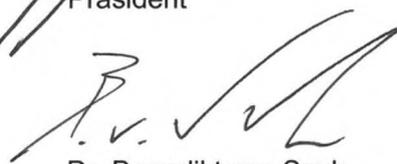


Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Marc Mächler
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

**Kanton Schaffhausen
Regierungsrat**

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Departement für
Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

per E-Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Schaffhausen, 15. März 2022

Verordnung über die Transparenz in der Politikfinanzierung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Der Regierungsrat stimmt dem Verordnungsentwurf im Grundsatz zu.

Wir erachten die Bestimmungen als pragmatischen, angemessenen Weg, die neuen Transparenzregeln zu vollziehen.

Da die Vorlage keine direkten rechtlichen Auswirkungen auf die Kantone hat, verzichten wir auf eine konkrete inhaltliche Stellungnahme zum Verordnungsentwurf.

Im Kanton Schaffhausen ist das Thema der Transparenz in der Politikfinanzierung von grosser aktueller Bedeutung. Entsprechend sind wir sehr an einer raschen Beschlussfassung und Inkraftsetzung der Bundesverordnung und entsprechender Information an die Kantone interessiert.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Für Rückfragen steht Ihnen Staatsschreiber-Stv. Christian Ritzmann (christian.ritzmann@sh.ch;
Tel. +41 52 632 73 61) zur Verfügung.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

A handwritten signature in blue ink, reading "C. Stamm Hurter".

Dr. Cornelia Stamm Hurter

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, reading "Bilger".

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Elektronisch [E-Mail]
cornelia.perler@bj.admin.ch

21. März 2022

**Vernehmlassung zum Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung;
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Vernehmlassungsunterlagen i.S. «Entwurf zur Änderung Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung». Nachfolgend äussern wir uns gerne wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen:

Mit dem vorliegenden Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung präsentiert das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD die anlässlich der neuen Transparenz-Vorschriften im Bundesgesetz über die politischen Rechte (BPR) erstellte Verordnung. Wie wir bereits in der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte unter dem Titel «Transparenz bei der Politikfinanzierung» mitgeteilt haben, sehen wir ebenfalls Handlungsbedarf in diesem Bereich und begrüssen folglich die Transparenz-Vorschriften im BPR wie auch die dazugehörige Verordnung.

Eine Konkretisierung auf Stufe Verordnung ist für die praktische Umsetzung der Transparenz-Vorschriften hilfreich. Die detaillierte Regelung in der Verordnung über die Transparenz in der Politikfinanzierung ist unseres Erachtens geglückt; die wesentlichen Aspekte der Offenlegung sind konkretisiert und definiert. Viele Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Offenlegungsvorschriften werden damit beantwortet.

Zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung:

Für eine allfällige sinngemässe Regelung auf kantonaler Ebene ist es uns wichtig, dass die Einzelheiten möglichst detailliert und verständlich geregelt sind. Im Wesentlichen sollten die Bedingungen der Offenlegungspflicht, das Verfahren, aber auch die Zuständigkeiten der Prüfung und die Rechtsfolgen geregelt sein.

Vorab stellen wir fest, dass die Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung logisch aufgebaut ist, die wesentlichen Begriffserklärungen enthält und die grundlegenden Aspekte der Offenlegungsmodalitäten erfasst.

Der einleitende 1. Abschnitt der Verordnung, worin Gegenstand und Begriffe definiert und erklärt werden, ist für das Verständnis der darauffolgenden Offenlegungsvorschriften hilfreich und demzufolge auch sinnvoll. Die Begriffe sind gut verständlich erklärt und die für die Anschauung notwendigen Begriffe sind enthalten.

Zentral für die Umsetzung scheinen uns die Offenlegungsmodalitäten, welche im 2. bis und mit 6. Abschnitt

der Verordnung geregelt sind. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) als zuständige Stelle für die Entgegennahme, Kontrolle und Veröffentlichung der Meldungen zu definieren, wird begrüsst. Das Meldeverfahren, in dem die politischen Akteurinnen und Akteure selber ihre finanziellen Angaben und Dokumente in einem elektronischen Register eintragen und hochladen können, scheint uns benutzerfreundlich. Die detaillierten Regelungen in den Artikeln 4 bis 6 zu den Formalitäten der Meldungen erleichtern die Handhabung.

Die Präzisierungen im 3. Abschnitt zur Offenlegungspflicht der politischen Parteien sowie der Parteilosen, wie auch diese der Kampagnenführenden im 4. Abschnitt, dienen einer gezielten Umsetzung und der Rechtssicherheit mit der Regelung der entsprechenden Fristen und Modalitäten.

Mit der Frage nach der Kontrolle und Veröffentlichung der gemeldeten Informationen haben wir uns bei vergangenen Vorstössen auf kantonaler Ebene eingehend befasst. Der vorgeschlagene 5. Abschnitt der Verordnung über die Transparenzvorschriften in der Politikfinanzierung gibt die wichtigsten Aspekte dazu wieder. Es ist durchaus sinnvoll, dass die EFK für das fristgerechte Einreichen sowie die Vollständigkeit der Meldungen besorgt ist und sie diese laufend mit Stichproben überprüft. Die in Artikel 14 geregelte Mitwirkung der verpflichteten Akteurinnen und Akteure ist eine gelungene Regelung, welche die Abklärungen im Zusammenhang mit den Stichprobenkontrollen erleichtert.

Die Veröffentlichung der betreffenden Einnahmen und Zuwendungen auf einer dafür errichteten Internetseite ist zeitgemäss, dennoch sind nicht zuletzt aufgrund des Datenschutzes detaillierte Regelungen zu den Informationen, welche veröffentlicht werden dürfen, wichtig. Wesentliche Aspekte, welche Dokumente veröffentlicht werden dürfen und welche nicht, Zeitpunkt der Veröffentlichung, etc. sind enthalten. Auch der in Artikel 16 geregelte Spezialfall, dass eingereichte Dokumente bei Verdacht auf einen Verstoß gegen die Offenlegungspflichten und einem eingeleiteten Strafverfahren aufgrund der Unschuldsvermutung ohne entsprechenden Hinweis veröffentlicht werden, erachten wir als sinnvoll. Im Sinne der Transparenz und Vollständigkeit begrüßen wir es, dass sobald ein rechtskräftiges Strafurteil vorliegt, ein entsprechender Hinweis auf das Urteil angebracht wird und die betroffenen politischen Akteurinnen und Akteure die Möglichkeit haben, um eine Datenberichtigung zu ersuchen.

Obwohl die Regelung zu den unrechtmässig erhaltenen Zuwendungen sehr umstritten ist und einige Parteien als Folge davon das Ausbleiben gewisser Spenden befürchten, befürworten wir nach wie vor diese Regelung der unrechtmässig erhaltenen Zuwendungen wie anonyme Spenden und Spenden aus dem Ausland mit den Einzelheiten in Artikel 19.

Abschliessend halten wir fest, dass die Offenlegung der Finanzierung der freien Meinungsbildung dient. Wir begrüßen die eingeleiteten Schritte. Allen Wahl- und Abstimmungsberechtigten wird ein unkomplizierter Zugang zu diesen Informationen verschafft, ohne mit Finanzierungsvorschriften in die Parteiautonomie einzugreifen. Die Umsetzung mit Hilfe der Verordnung scheint uns für die betroffenen politischen Akteurinnen und Akteure gut denkbar. Wir unterstützen den Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung.

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Dr. Remo Ankli
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

cornelia.perler@bj.admin.ch

Schwyz, 8. März 2022

Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 31. März 2022 Stellung zu nehmen. Für diese Einladung danken wir Ihnen bestens, indes verzichtet der Kanton Schwyz auf die Einreichung einer Vernehmlassung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 22. März 2022

193

Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Maurin

Der Staatsschreiber

RS



Numero
1571

cl

0

Bellinzona
30 marzo 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
Berna

cornelia.perler@bj.admin.ch

Procedura di consultazione Avamprogetto di ordinanza sulla trasparenza nel finanziamento della politica

Gentili signore,
egregi signori,

abbiamo ricevuto la lettera del 17 dicembre 2021 con l'avamprogetto di ordinanza sulla trasparenza nel finanziamento della politica e vi ringraziamo per l'opportunità offertaci di esprimere il nostro parere.

Il Cantone Ticino rinuncia a formulare un parere sull'oggetto della consultazione.

Con riferimento alle ripercussioni finanziarie previste, esposte a pagina 24 del rapporto esplicativo, chiediamo però che dopo l'entrata in vigore delle disposizioni venga allestito e pubblicato un rendiconto dal quale risultino i costi effettivi dell'investimento iniziale e le spese ricorrenti causati dalle nuove disposizioni.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, l'espressione della massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnoldo Coduri

Copia a:

- Cancelliere dello Stato (can-sc@ti.ch)
- Cancelleria dello Stato, Servizio dei diritti politici (can-dirittipolitici@ti.ch)
- Cancelleria dello Stato, Consulenza giuridica del Consiglio di Stato (can-cgcs@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundesamt für Justiz (BJ)
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Bundesrain 20
3003 Bern

Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat des Kantons Uri eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Möglichkeit.

Der Regierungsrat ist mit der Vorlage einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 1. Februar 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

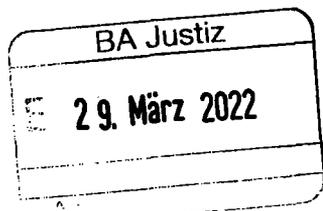
Der Kanzleidirektor


Urban Camenzind


Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne



Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Lausanne, le 23 mars 2022

Consultation fédérale – Projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique (OFipo)

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté sur l'objet mentionné en exergue.

Nous constatons à titre liminaire l'absence d'incidence notable de ce projet d'ordonnance sur la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons. Au vu de son faible impact institutionnel à cet égard, le Conseil d'Etat n'a pas d'opposition à faire valoir à l'encontre de ce projet. Sur le principe, nous ne pouvons manquer de saluer l'avancée de la législation fédérale relative à la transparence du financement de la vie politique qui permettra enfin à notre pays de se conformer aux standards internationaux en la matière.

Néanmoins, le Conseil d'Etat regrette que la mise en œuvre échelonnée des obligations en matière de transparence (art. 21 OFipo) ne reflète pas la volonté du législateur. Il est ainsi favorable à ce que les nouvelles règles sur la transparence du financement de la vie politique déploient leurs pleins effets dès le début de l'année 2023.

En vous remerciant encore de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRÉSIDENTE

Nuria Gorrite

LE CHANCELIER

Aurélien Buffat

Copies

- M. Jean-Luc Schwaar, Directeur général, Direction générale des affaires institutionnelles et des communes (DGAIC)
- Office des affaires extérieures (OAE)

Madame
Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral de
justice et police (DFJP)
Palais fédéral
3003 Berne



Date 23 mars 2022

Projet d'ordonnance sur la transparence du financement de la vie politique : ouverture de la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Pour faire suite à votre courrier du 17 décembre 2021 concernant la procédure de consultation relative au projet cité en marge, le Conseil d'État du canton du Valais vous fait part de ses remarques.

Le projet d'ordonnance se tient dans le cadre défini par le nouveau titre 5b de la LDP (Transparence du financement de la vie politique; art. 76b à 76k), de sorte qu'il n'appelle pas de commentaires sur le fond. Ceci dit, il faut relever que le projet d'ordonnance comprend des règles rigoureuses qui vont augmenter notablement la charge administrative pour les partis politiques, ce que le DFJP reconnaît d'ailleurs (cf. rapport, p. 27). Dans ce sens, il est important que le DFJP (ou la Chancellerie fédérale) procède à une information aussi rapide et complète que possible, notamment aux partis politiques.

Ceci dit, le projet d'ordonnance appelle les commentaires suivants :

Art. 2, let. c : la définition large des libéralités non monétaires va compliquer la tâche des partis dans la pratique; p. ex. si le demandeur réclame un prix inférieur au prix du marché, seule la différence est soumise à déclaration (cf. rapport explicatif, p. 9); mais comment le parti politique peut-il savoir si le prix réclamé est inférieur au prix du marché ? doit-il à chaque fois interpellier le fournisseur pour savoir s'il a obtenu un rabais, une réduction de prix et, dans l'affirmative, demander le prix du marché pour la prestation offerte ? Le rapport explicatif dit, à juste titre, ne pas vouloir bureaucratiser l'engagement bénévole des militants (p. 9), mais n'est-ce pas un risque au vu du texte présenté ?

Art. 2, let. d : selon le rapport explicatif, « faire campagne » signifie « mener une campagne », il y a un élément de durée; par contre, selon le rapport, « participer à une campagne » ne signifie pas « faire campagne » (le rapport cite l'octroi d'une libéralité); la distinction est subtile. Peut-on parler de faire campagne s'il s'agit d'un événement ponctuel ou isolé ? Autrement dit, la mention « de manière ponctuelle » est-elle opportune et justifiée ?

Art. 2, let. e : il est pris note qu'on ne parle pas de « faire campagne commune » si les personnes concernées n'ont pas une comptabilité commune. On peut penser que les cas de « campagne commune » seront peu fréquents.

Art. 2, let. f : selon le rapport explicatif (p. 11), si des manifestations sont organisées dans le but de poursuivre d'autres objectifs que la campagne (p. ex. le recrutement de membres), seuls les coûts qui servent à la campagne sont considérés comme des charges. Il ne sera pas toujours simple, pour les partis, de définir leurs charges. Par ailleurs, quid si une manifestation concerne deux ou trois objets soumis à votation le même dimanche ? comment faut-il procéder pour répartir les coûts ?



Art. 5, al. 2 : dans l'exemple cité dans le rapport explicatif (p. 14, § 1), comment le parti politique peut-il savoir si une personne privée se cache derrière une SA ?

Art. 5 al. 3 : à notre sens, cet alinéa doit viser les libéralités versées, mais non pas celles « promises » et pas encore fournies. Il semble judicieux de ne publier que les libéralités qui ont été versées. En tout état de cause, les libéralités promises et versées même tardivement figureront dans le décompte final des recettes.

Art. 15, al. 1 : que faut-il entendre par « des informations factuelles et des statistiques » ? Dans quels cas ces documents seront-ils établis et publiés par le CDF ? Le CDF doit en principe se limiter à la publication des informations visées par les art. 76b et 76c LDP.

Il est prévu que l'ordonnance entre en vigueur le 23 octobre 2022 (art. 20); l'obligation de déclaration pour les campagnes électorales s'applique dès le 23 octobre 2022 en vue des élections fédérales du 22 octobre 2023 (art. 21). Dans le souci d'éviter ou minimiser les problèmes liés à l'introduction de la transparence du financement de la vie politique, il est primordial que la Confédération procède à une information large et précise sur le nouveau droit, notamment auprès des partis politiques.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à sa détermination, le Conseil d'Etat du canton du Valais vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Le chancelier

Frédéric Favre

Philipp Spörri

Copie à cornelia.perler@bj.admin.ch

Direktion des Innern, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundesrätin Karin Keller-Suter

T direkt +41 41 728 37 02
felix.graemiger@zg.ch
Zug, 28. Januar 2022 GRFE
DI DIS 56055-05

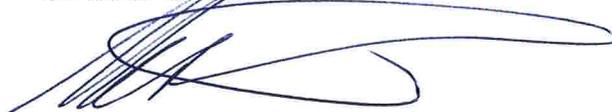
Vernehmlassung des Kantons Zug zum Entwurf zur Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin *werte Karin*

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, in oben genannter Angelegenheit eine Stellungnahme zu verfassen. Im Namen des Regierungsrats des Kantons Zug können wir Ihnen mitteilen, dass wir mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf einverstanden sind.

Für allfällige Rückfragen dürfen Sie sich gerne an Felix Grämiger (felix.graemiger@zg.ch) wenden.

Freundliche Grüsse
Direktion des Innern



Andreas Hostettler
Regierungsrat

Mitteilung per E-Mail (PDF- und Wordformat) an:

- cornelia.perler@bj.admin.ch
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

2. Februar 2022 (RRB Nr. 150/2022)

**Verordnung des Bundesrates über die Transparenz bei der Politikfinanzierung
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi) und äussern uns wie folgt:

Die Verordnung konkretisiert die neuen Gesetzesbestimmungen zur Transparenz bei der Politikfinanzierung gemäss der Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR, SR 161.1). Diese Änderung beruht auf einem indirekten Gegenvorschlag der Staatspolitischen Kommission des Ständerates zur Transparenz-Initiative, der im Jahr 2019 unter anderem den Kantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurde. Wir verzichteten damals mit Beschluss vom 21. August 2019 (RRB Nr. 733/2019) auf eine Stellungnahme, weil die Vorlage keine direkten rechtlichen Auswirkungen auf den Kanton Zürich hatte. Daran hat sich auch im Zusammenhang mit dem Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der VPofi nichts geändert, der ausführende Bestimmungen zum geänderten BPR enthält. Wir verzichten deshalb auf eine inhaltliche Stellungnahme zum Entwurf der VPofi.

Im Kanton Zürich bestehen inzwischen ebenfalls Bestrebungen zum Erlass von Vorschriften zur Transparenz bei der Politikfinanzierung. Der Kantonsrat hat eine zu diesem Thema eingereichte parlamentarische Initiative (KR-Nr. 442/2020) am 20. September 2021 vorläufig unterstützt. Sie befindet sich derzeit in der zuständigen Kommission des Kantonsrates zur Vorberatung. Wir sind deshalb sehr daran interessiert, möglichst bald über den Beschluss des Bundesrates zur VPofi in Kenntnis gesetzt zu werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli

